

Nicht aufhören, bis es Veränderungen gibt

Der Potsdamer Physikstudent Sebastian Grieme gehört zu den Köpfen der deutschen Bewegung von Fridays for Future. Die Hoffnung, dass sich das Klima stabilisieren lässt, gibt er nicht auf

VON STEFANIE SCHUSTER

Wer dieser Tage den Klimaschutz voranbringen will, braucht Nerven wie Drahtseile. Kommen doch die Maßnahmen der meisten Staaten dem, was die Wissenschaft für dringend nötig hält, kaum nahe. Der Physikstudent Sebastian Grieme ist einer der Köpfe der Fridays for Future-Bewegung. Und er will nicht aufgeben. „Ich glaube nicht, dass ein Mensch, der über die Folgen des Klimawandels informiert ist, wesentlich so schlechte Entscheidungen trifft“, sagt er. Grieme sitzt in der Cafeteria der Uni Potsdam in Golm. Auf dem Handy sucht er nach der Studie, mit der er begründet, warum er die Hoffnung nicht aufgibt. Dann hat er sie gefunden: Es ist

Ohne Wissen könne man keine guten Entscheidungen treffen, so Sebastian Grieme

der „Deutschland-Trend“ der ARD vom Mai 2019. Darin sagen 86 Prozent der Teilnehmer, der Mensch beeinflusse den Klimawandel, auch 60 Prozent der AfD-Anhänger. Und auch die möchte Grieme keinesfalls verloren geben.

Seit er im vergangenen Dezember mit seinem Engagement für Fridays for Future begonnen hat, verschlingt die Bewegung einen Großteil der Zeit des 19-Jährigen. Seine Tage beginnen früh und enden spät. „Physik ist ungeheuer arbeitsintensiv“, sagt er. Das war ihm schon klar, als er, noch in der Schule, mit seinem Frühstudium an der Uni Mainz begann. Dort hat er auch schon drei Semester geschafft; die werden ihm in Potsdam teilweise anerkannt. „Zum Glück! Sonst ginge das alles gar nicht“, sagt er.

Er steckte mitten im Abitur, als er in eine Whats-App-Gruppe eintrat, die in seinem Heimatort Mainz Anfang dieses Jahres einen Klimastreik organisierte. Der Sohn eines Arztes und einer Lehrerin war sofort dabei. „Wir hatten gehofft, dass 100 bis 200 Leute kommen“, erzählt er. „Aber es kamen 1800 – der Wahnsinn!“

Die Welle trug ihn weiter: In zahllosen Telefonkonferenzen, manchmal bis um zwei Uhr nachts, diskutierten die Jugendlichen: Was man fordern müsse, wie man auf sich aufmerksam mache, wodurch sich Unterstützer gewinnen ließen. Er kniete sich rein, wühlte sich durch Studien, trug Material zusammen. Grieme glaubt an die Macht der Wissenschaft. Und so kam es, dass er zu denjenigen gehörte, die Forderungen aufschrieben und der Presse vortrugen, am 8. April dieses Jahres. Der Nachrichtensender Phoenix übertrug live. Auf Youtube kann man sehen, wie die Überbringer der Botschaft



Menschen aufrütteln. Sebastian Grieme will einen umfassenden Klimaschutz durchsetzen, so lange das noch möglich ist. Seinen persönlichen CO₂-Abdruck hat er errechnet: 4,4 Tonnen pro Jahr. Im Durchschnitt kommen die Deutschen auf rund zehn Tonnen jährlich.

Foto: Andreas Klaer

sehr ernst und sehr jung vor dem riesigen Dinosaurier-Skelett im Berliner Naturkundemuseum sitzen. Der Ort war mit Bedacht gewählt. „Wir befinden uns jetzt im sechsten großen Artensterben, da schien uns das der Saurier ein gutes Symbol.“ Erst zwei Tage vorher war er zum Studium nach Potsdam gekommen. Mit dem Nachtzug, einem Fahrrad, daran zwei Taschen, auf dem Rücken einen Rucksack. „Mein Umzug ging schnell. Ich brauche nicht viel“, sagt er und lächelt.

Aber viele brauchen ihn: In mehr als 20 Chat-Gruppen ist Grieme aktiv. Lässt er das Smartphone aus, etwa weil ein Arbeitspapier abgegeben werden muss, sammeln sich schnell 2000 ungelesene Nachrichten. Aber lassen kann er es nicht: „Wir werden nicht aufgeben, bis wir unser Ziel erreicht haben“, sagt er.

Die Ziele, das sind die der Wissenschaftler: Einhaltung des Pariser Abkommens, geeignete Maßnahmen durchzusetzen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, für Deutschland eine „Nettonull“-Emission an Kohlendioxid bis 2035, den Kohleausstieg bis 2030 und die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energieversorgung bis 2035. Ende 2019 soll die Subvention fossiler Energieträger auslaufen, ein Viertel der Kohlekraft abgeschaltet werden und eine Steuer auf Treibhausgasemissionen fällig werden – 180

Euro pro Tonne sollen schnell erreicht werden. Quasi nichts davon taucht im Klimapaket der Bundesregierung auf. „Das Problem sind nicht die Leute, die nicht genug über den Klimawandel wissen“, zielt Grieme. „Sondern die, die davon wissen und nichts dagegen tun.“ Er ist davon überzeugt, dass man reden muss. „Ohne Wissen kann man keine guten Entscheidungen treffen.“

Grieme ist ein gefragter Gesprächspartner: bescheiden, freundlich, wohlgezogen, zugewandt, klug. Und weil er jede erreichbare Studie zum Klimawandel verschlingt – im Gegensatz zu vielen Politikern, sagt er bitter. „Die meisten haben noch nicht einmal den jüngsten IPCC-Bericht gelesen, dabei hat der nur 31 Seiten.“ Er versucht, nicht nur die Öffentlichkeit zu erreichen, sondern auch die Entscheidungsträger. Das gelingt mal besser, mal schlechter. Und gar nicht bei AfD-Vertretern, hat er festgestellt.

Deren Bundestagsabgeordneter Karsten Hille fand in einer Diskussionsrunde im April beim Deutschlandfunk, man könne den Klimawandel ohnehin nicht aufhalten, sondern müsse vor allem Geld in die Anpassung daran stecken. „Den erreicht man gar nicht“, sagt der sonst eher sanftmütige Grieme mit Wut in der Stimme. „Manche lügen einfach. Und man kann dann in der Runde nicht eine Stu-

die aus der Tasche ziehen und das Gegenteil beweisen. Für den Hörer sieht es so aus, als ob nur eine Meinung gegen die andere stünde. Schrecklich. Mit solchen Leuten diskutiere ich nicht mehr!“

Vielleicht könne man wirklich nicht alle mitnehmen, wenn man jetzt handeln will, sagt Grieme. „Uns läuft die Zeit davon.“ Vor allem den zehn Prozent der Weltbevölkerung in Küstennähe, denen der steigende Meeresspiegel die Lebensgrundlage wegschwemmen werden. „An dieser Stelle erkläre ich immer, warum dieses halbe Grad so wichtig ist und warum die Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden muss. Bei zwei Grad mehr sterben die Korallenriffe – dann fällt eine Grundlage der Nahrungskette im Meer weg.“ Die Argumentation muss stets wissenschaftlich sauber sein, findet er. Sein Professor Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), der an der Uni Potsdam Physik der Ozeane unterrichtet, unterstütze und berate ihn, wenn er sich mit Fragen zu wissenschaftlichen Inhalten an ihn wendet.

Insgesamt sei in Potsdam in Sachen Klimastreik noch Luft nach oben: Die Whats-App-Gruppe von Grieme, die die hiesigen Proteste organisiert, hat 97 Teilnehmer. Eine eigene Hochschulgruppe zum Thema gibt es nicht – und dass, obwohl das PIK in der Stadt sitzt. Wäre es nicht lo-

gisch, jetzt selbst Politik zu machen und die Entscheidungen anzuschieben, vor denen sich andere drücken? Der Student findet das schwierig. „Wir wollen uns nicht in die Parteipolitik hineinziehen lassen. Ich will vor allem verstehen, wie die Welt von innen heraus funktioniert, das wusste ich schon gleich nach der Grundschule.“ Grieme will auf jeden Fall Physiker werden; lernen, lehren, forschen; Klima- oder Astrophysik kommen in Frage.

Der Physikstudent hat sich auch gefragt, wie man die hoch gesteckten Ziele des Klimaschutzes in die breite Öffentlichkeit tragen kann. Über die Menschen, findet er. Daher trafer sich auch mit dem Vorstandsvorsitzenden von ThyssenKrupp, Guido Kerkhoff. Ein ermutigendes Gespräch: Die Industrie sei in vielen Teilen weiter als die Politik, brauche aber jetzt deren Rückendeckung, damit die Wettbewerbsbedingungen auf dem Markt den nötigen Umstellungsdruck erzeugten.

Der schmale junge Mann selbst hastet weiter zum Treffen eines Verbandes nach Berlin, der seine Mitglieder mit dem Vortrag Griemes aufrütteln will – oder geht es doch vielmehr um Greenwashing? „So genau weiß man das nie“, sagt er. „Aber wir brauchen alle Berufsgruppen für diese Kraftanstrengung. Und wir hören nicht auf, bis es tiefgreifende Veränderungen für den Klimaschutz gibt.“

Forscher warnen vor El Niño 2020

Neue Prognose: Hohes Risiko für Wetterextrem

Potsdamer Forscher erwarten, dass das Wetterphänomen El Niño wahrscheinlich zum Jahresende 2020 in der Pazifikregion wieder auftreten wird. Das alle paar Jahre in unregelmäßigen Abständen auftretende Phänomen wird von wärmeren Wassertemperaturen im tropischen Pazifik ausgelöst. In der Folge verschieben sich aufgrund von veränderten Luft- und Meeresströmungen weltweit Wetterbedingungen. El Niño kann Überflutungen in Südamerika, Dürren in Australien und Missernten in Indien auslösen.

Das verwendete Modell erlaube die Vorhersage, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent El Niño im kommenden Jahr erneut auftreten werde, schreiben die Forscher um Josef Ludescher vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK). An dem Projekt sind auch Forscher der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) und der Bar-Ilan Universität in Ramat Gan (Israel) beteiligt.

Die Prognose beruht auf einem Algorithmus, mit dem die Lufttemperaturen im Pazifikraum analysiert werden. Damit sei eine Vorhersage deutlich früher möglich, so die Wissenschaftler. Bereits die beiden letzten El-Niño-Ereignisse habe man so mit längerem Vorlauf korrekt prognostizieren können. Die üblicherweise verwendeten Vorhersage-Modelle sehen aktuell noch keine Anzeichen für El-Niño. Die konventionellen Methoden seien nicht zu einer verlässlichen El-Niño-Prognose in der Lage, die mehr als sechs Monate im Voraus gelte, so die Forscher. Die neue Methode hingegen könne die bisherige Vorwarnzeit in etwa verdoppeln.

Eine frühere Prognose kann Landwirten in Südamerika, Asien und Australien helfen, sich auf die möglichen Folgen besser vorzubereiten. Mit einer Vorwarnzeit von bislang höchstens einem halben Jahr sind die Menschen in den Tropen und Subtropen in unregelmäßigen Abständen um



Land unter. El Niño kann Überflutungen in Südamerika auslösen.

Foto: AFP/E. Benavides

die Weihnachtszeit herum schlecht vorbereitet mit den verheerenden Folgen von El Niño (spanisch für Christkind) konfrontiert – leere Fischernetze und sturzbachartige Regenfälle in Peru sowie ausgedehnte Dürreperioden in Teilen Südamerikas, Indonesiens, Australiens und Afrikas.

Die neue Methode mit der nun die aktuelle Prognose getroffen wurde, war erstmals 2013 in einem Artikel der „Proceedings of the National Academy of Sciences“ publiziert worden. Die Forscher nutzen für ihre Untersuchungen ein Netzwerk aus atmosphärischen Temperaturdaten im tropischen Pazifik, das aus 14 Gitterpunkten im äquatorialen El Niño-Kerngebiet und 193 Punkten im Pazifikraum außerhalb dieses Kerngebietes besteht.

Die Physiker hatten herausgefunden, dass schon im Jahr vor dem Ausbruch des El-Niño-Phänomens die Fernwirkung zwischen den Lufttemperaturen inner- und außerhalb des Kerngebiets deutlich zunimmt. Diesen Effekt haben die Wissenschaftler für die Optimierung des Prognose-Algorithmus genutzt. Aktuell ist das Team dabei, den Algorithmus zu erweitern, um künftig auch Aussagen über die Stärke und Länge des Wetterphänomens treffen zu können.

JAN KIXMÜLLER

Neues Verfahren für Suche nach Erdwärme

Ein internationales Forscherteam hat eine neue Erkundungsmethode für Geothermie entwickelt. Das Team um Maren Brehme, bislang wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geoforschungszentrum Potsdam (GFZ) und aktuell Assistent-Professor an der TU Delft, erarbeitet eine Methode, mit der geologische Strukturen unter Wasser besser kartiert und eine Aussage über den Zufluss aus umliegenden Schichten getroffen werden kann. Da Geothermiefelder oft in vulkanischen Gebieten liegen, liegen sie häufig verdeckt bei oder unter Kraterseen. Der neue Ansatz kombiniert sogenannte Bathymetrie-Messungen mit geochemischen Profilen. Kix

Urbanes Monopoly

Vom Arbeiterviertel zum Szenekiez: Potsdamer FH-Studierende auf Spurensuche im Berliner Stadtteil Friedrichshain

Mit Boxen hat der Boxhagener Platz in Friedrichshain rein gar nichts zu tun. Man sieht es schon daran, dass der darin steckende Ur-Name Buchshagen lautete und zu einer Zeit mutierte, als an diesen rabiaten Sport noch für Jahrhunderte nicht zu denken war. Aber die unweigerliche Box-Assoziation ist doch irgendwie passend, heute mehr denn je. Freilich sind es nicht Faustkämpfe, die dort ausgetragen werden, vielmehr wirtschaftliche Auseinandersetzungen, Verdrängungskämpfe, Konkurrieren um satte Renditen, festgemacht an Quadratmeterpreisen, sei es, um diese durch Verkauf oder durch Vermietung zu erzielen.

Kurzum, es geht um die aktuelle Explosion von Immobilienwerten, um Gentrifizierung, Mietennotstand, Wohnungsnot, also ein berlinweites Phänomen, das allerdings am Boxhagener Platz, in Reisevierteln gern als das „Herz von Friedrichshain“ gepriesen, besonders ausgeprägt ist. Hier eine Wohnung zu finden: nahezu unmöglich. Hier ein Haus zu besitzen: Gold wert. Und dies in einem Viertel, dessen Sozialstruktur vor nicht allzu langer Zeit noch von Arbeitern dominiert war.

Die Frage liegt nahe, wie es dazu kommen konnte, wem der Platz mit seiner Umbauung einst gehörte und wem er jetzt gehört, wie es zu diesen Verschiebungen kam. Um sie zu beantworten, haben sich Studierende der Fachhochschule Potsdam ein Semester lang mit Unterstützung des Tagesspiegel Innovation



Steter Wandel. Die Eigentumsverhältnisse am Boxhagener Platz haben sich jüngst umgreifend geändert.

Foto: Kai-Uwe Heinrich

Labs auf Spurensuche begeben. Welches Bild, so wollten sie wissen, ergibt sich, wenn man die Eigentumsverhältnisse dieses Platzes bis zum Anfang zurückverfolgt? Wie wurde aus einem Feld am Stadtrand ein begehrtes Immobilienportfolio? Und wem gehören die Häuser am Platz heute?

Insgesamt 23 Gebäude umgeben den Boxhagener Platz. Für jedes einzelne dieser Häuser wurden die Eigentümer recherchiert, jede auffindbare historische Karte wurde studiert und mit Experten und Anwohnern gesprochen. Die Dokumentation führt von Großgrundbesitzern über Enteignungen, Leerstand und Hausbesetzer bis hin zu den heutigen Eigentü-

mern, etwa einer wenig bekannten Immobilienfirma in Dänemark, die mindestens 2000 Wohnungen in der Stadt besitzt. Und die interaktive, per Mausclick über die aktuellen Besitzverhältnisse informierende Analyse der Studierenden ergab ein Bild noch größerer Strukturen: Inmitten wiederkehrender Konflikte erkennt man die Geschichte einer immer weiter gehenden Teilung des vorhandenen Wohnraums in immer kleinere Eigentumssegmente.

Seinen Namen verdankt der Platz einem früheren Gutshof, dem Vorwerk Boxhagen, ab dem 17. Jahrhundert von den Hohenzollern verpachtet, 1850 an fünf Familien verkauft. In James Hobrechts Bauungsplan von 1862 taucht der „Boxi“ erstmals auf – als noch sehr viel größer konzipierter „Platz D“. Damals bereits herrscht, angesichts der Industrialisierung und des sprunghaften Bevölkerungswachstums, Goldgräberstimmung auf dem Immobilienmarkt. Der Platz wird verkleinert, Bauland ist zu kostbar – ein ökonomischer Mechanismus, der zu immer kleineren Parzellen führt, die beim Verkauf mehr Geld bringen. 1910 sind alle Häuser um den Platz gebaut, nun folgen die Hinterhöfe mit Seitenflügeln und Gartenhaus – typische Berliner Mietskasernen entstehen, eng, dunkel, was die Eigentümer nicht stören muss: Sie wohnen meist in den gutbürgerlichen Quartieren oder im Ausland.

Bombenschäden im Luftkrieg gibt es

am Boxhagener Platz kaum. Einige Eigentümer sind Juden, die durch die Nazis ihr Eigentum verlieren und oft auch ihr Leben. Mit der Gründung der DDR setzt ein weiterer Eigentümerwechsel ein, die Häuser werden zu Volkseigentum oder unter staatliche Verwaltung gestellt und verfallen zusehends. Der sozialistische Staat setzt lieber auf Neubauten als auf die Erhaltung der alten Bausubstanz.

Nach der Wende werden viele Gebäude an die ehemaligen Besitzer rückübertragen und von diesen, abgeschreckt durch hohe Sanierungskosten, oft weiterverkauft. Leerstehende Gebäude locken Hausbesetzer an, auch am Boxhagener Platz. Erst gegen Mitte der neunziger Jahre schaltet sich der Staat ein, um den Verfall aufzuhalten, verteilt Gelder zur Sanierung und Modernisierung, ohne sich zunächst um die nun bald steigenden Mieten zu kümmern. Erst 1999 wird der Platz zu einem der ersten Milieuschutzgebiete Berlins, aber den Austausch der Mieter vermag das nicht aufzuhalten: 1998 waren 42 Prozent Arbeiter, 2011 sind es nur noch 15 Prozent.

Auch die Eigentümerstruktur hat sich stark verändert, wie die Studierenden durch langwierige Kleinstarbeit und zahlreiche Gespräche herausfanden. Der offensichtliche Trend: die Teilung, weg vom Haus-, hin zum Wohnungseigentum. In kommunaler Hand befindet sich keines der 23 Gebäude mehr, auch Genossenschaften findet man nicht.

Immerhin gehören noch immer 57 Prozent des Bestandes Einzelpersonen, bereits sechs Häuser aber professionellen Immobilienunternehmen. Der Trend geht klar zu den Wohnungseigentümergesellschaften, davon gibt es bereits drei: Die Wohnungen gehören Einzelpersonen, Treppenhaus, Dach, Hof dagegen sind Gemeinschaftseigentum. Für die ursprünglichen Gebäudeeigentümer ein gutes Geschäft: Das Wertsteigerungspotenzial ist ungleich größer. Zwar schreibt die Milieuschutzverordnung seit 2015 vor, dass Umwandlungen in Wohnungseigentum vom Bezirksamt genehmigt werden müssen. Als wirksames Gegenmittel gegen den Strukturwandel hat sich dies bislang nicht erwiesen. Elf der 23 Gebäude sind inzwischen aufgeteilt.

All dies haben die Studierenden Haus für Haus erkundet, und so ist es auf der interaktiven Karte, die im Rahmen des Projekts entwickelt wurde, auch hinterlegt. Die aktuellen Angaben zu Eigentumsverhältnissen stammen vor allem aus Belegen von Anwohnern oder aus dem Grundbuchamt. Spitzenreiter im Boxhagener Monopoly-Spiel ist übrigens das Gebäude Krossener Straße 22: Seit 1990 gab es mindestens sechs Eigentümerwechsel. Und seit 2012 wird es in Eigentumswohnungen aufgeteilt.

D. AMACHER, A. CONRAD, F. JAEKEL

— Das Online-Projekt: tagesspiegel.de/wemgehörtderboxi